



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 09.11.2016, 17:07 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2017 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Einbringung - Änderungsverzeichnis	Vorl.Nr. 395/16
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM Spec setzt vor Eintritt in die Tagesordnung den TOP 2 ab.

OBM Spec hält die Haushaltsrede zum Entwurf des städtischen Haushalts 2017:

Aufgabe der Verwaltung und der politischen Gremien sei es, dass die Menschen heute und auch künftige Generationen hier gut leben und arbeiten können. Die Globalisierung wirke sich auf die Art, wie in Städten und Gemeinden gelebt werde zum Teil weltweit auf andere aus und werde umgekehrt von weltweiten Einflüssen geprägt. Niemand habe in dieser Wechselwirkung die Verantwortung für alle anderen, aber jeder habe eine Teilverantwortung für das Ganze. Der kürzlich nach Burkina Faso gereisten Delegation und EBM Seigfried dankt OBM Spec herzlich für das herausragende Engagement. Auch bei den sich in den letzten Jahren so eindrucksvoll engagierten Vereinsmitgliedern im Verein Burkina Faso spreche er seinen Dank aus. Mit ihrem Arbeitsengagement haben sie für die Menschen in Burkina Faso einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, die Lebensbedingungen dort nachhaltig zu verbessern. Den Auftrag, hier konkret vor Ort tätig zu werden, wurde besonders durch die aktuelle Flüchtlingsentwicklung deutlich spürbar. Diese stelle im Wesentlichen auch den Inhalt des Haushaltsentwurfs 2017 und den Folgejahren dar. Kommunen seien als Wohnort der Menschen der Ort, an dem das Handeln von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Verantwortung für das Ganze konkret werde. Dies sei eine große Chance, im Sinne von Partizipation, Mitgestaltung und Animation Verantwortung zu übernehmen. In den letzten Jahren sei es mit großen Anstrengungen von Politik und Verwaltung und vielen Engagierten aus der Bürgerschaft gelungen, eine erfolgreiche Entwicklung im Sinne von nachhaltiger Stadtentwicklung zu realisieren. Große Herausforderungen lägen noch vor ihnen.

Der Haushalt 2017 beinhalte im Sinne der Nachhaltigen Stadtentwicklung die Fortsetzung der Sanierung und des Ausbaus der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen bis hin zur Ganztagesbetreuung.

Aber auch im Bereich der Mobilität stünde 2017 eine wichtige Entscheidungsphase zwischen den drei Systemen der Stadtbahn bevor. Es handle sich hierbei um zum einen um zwei bisher in vielen Städten erprobte Systeme, die Hoch- und Niederflurbahn, zum anderen um eine Elektromobilitätslösung. Sobald die Fachleute und der Landkreis die noch fehlenden Fakten auf den Tisch gelegt hätten, könne mit der Bürgerschaft und den Gremien in die Entscheidungsphase gegangen werden.

Zur Realisierung und Weiterentwicklung der Nachhaltigen Stadtentwicklung habe die Stadt mit den Stadtwerken einen besonders leistungsfähigen und erfolgreichen Partner an ihrer Seite. Der Bereich Wohnungsbau sei in den nächsten Jahren nicht nur im Bereich der

Flüchtlingsunterbringung, sondern mit dem Angebot bezahlbaren Wohnraums für breite Teile der Gesellschaft gefordert. Das Problem sei, dass Eigentümer möglichst nicht auf Grünflächen in Ihrem Umfeld verzichten möchten, auf der anderen Seite warten zahlreiche Bürger teilweise verzweifelt auf bezahlbaren Wohnraum. Ludwigsburg hat sich zum Ziel gesetzt, die allgemeinen gegen die individuellen Interessen abzuwägen und in einer konkret festzulegender Weise die Wohnungspolitik in Ludwigsburg weiter voranzubringen.

Grundlage für die Nachhaltige Stadtentwicklung bilde vor allem auch eine gesunde Wirtschaftslage. Bereits heute setze die Verwaltung alles daran, um zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Stadt anzusiedeln. Wir wollen daher sehr vorausschauend weitere zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Stadt schaffen, so OBM Spec. In Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Wissenschaftsakteuren werde weiterhin die Infrastruktur modernisiert.

Angesichts der hohen finanziellen Bildungsanstrengungen habe die Stadt Ludwigsburg ihre Hausaufgaben in der Kommunalpolitik bereits in diesem Jahr gelöst. Einen Teil dieser sehr hohen zusätzlichen Kosten konnten finanziert werden. Gute Politik zeichne sich auch dadurch aus, dass unverzichtbaren Entscheidungen nicht aus dem Weg gegangen werden dürfe, wenn es für die Solidarität des Gemeinwesens vor Ort unverzichtbar sei. Dem Gemeinderat spricht OBM Spec seinen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und dessen Bereitschaft, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen, aus. Im Jahr 2017 werden sie die Chance haben, weitere wichtige Meilensteine der Stadtentwicklung der Innenstadt und in den Stadtteilen erfolgreich miteinander zu gestalten. Auch den vertretenden Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Wirtschaftsakteuren gelte sein Dank, die Tag täglich ihren Anteil zum Gelingen einbringen. Nicht zuletzt danke er auch vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die für ein lebendiges, zukunftsorientiertes und solidarisches Gemeinwesen sorgen. Auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen freue er sich und danke Herrn Kiedaisch, Herrn Kistler und dem ganzen Team in der Kämmerei sowie allen weiteren Beteiligten in der Verwaltung für die gründliche und gute Zusammenstellung aller notwendigen Unterlagen.

Es folgt die Rede von Herrn Kiedaisch (Fachbereich Finanzen) zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2017 (Anlage 1).

TOP 1.1

ANLAGE Haushaltsplan 2017

Vorl.Nr. 396/16

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 1.

TOP 2

Wirtschaftsplan 2017 Tourismus & Events
Ludwigsburg

Vorl.Nr. 368/16

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt OBM **Spec** die Vorlage Nr.368/16 ab. Diese wird an der Gemeinderatssitzung am 23.11.16 erneut aufgerufen.

TOP 3

Stadtbahnvarianten - Weiterer Prozeßverlauf

Beratungsverlauf:

BM Ilk informiert anhand einer ergänzenden Information zum mündlichen Bericht „Stadtbahn“ (Anlage 2) über die drei möglichen Stadtbahn-Systeme. Er merkt an, dass alle drei Systeme sehr gut durchdacht werden müssen, bevor eine Entscheidung getroffen werden könne. Die Stadt sehe sich nicht unter Zeitdruck.

Stadtrat Hermann möchte ebenfalls keine überstürzte Entscheidung treffen. In der Anlage 2 zur Niederschrift zur Gemeinderatssitzungen vom 25.02.2015 befände sich eine Kosten-/Nutzenübersicht des MIT-Falls 1 und 3 mit einer Auflistung der Infrastruktur- und Betriebskosten. Er möchte nun wissen, ob die Aufstellung nun nach den neuen Erkenntnissen aktualisiert würde. Er bitte um Rücksprache mit dem Landratsamt.

Zum zweiten möchte er wissen, welche Möglichkeiten bei der Kostenverteilung zwischen den Kommunen bestünden. Eine Variante wäre die Orientierung an den Haltestellen und Streckenlängen, nach der Ludwigsburg 4/5 zu bezahlen hätte.

Zum dritten würde ihn interessieren, ob die Zuschüsse für die Hoch- und Niederflurbahn auch den Tunnelbau decken, oder ob Mehrkosten anfallen würden. Auch eine Auflistung aller anfallenden Kosten für alle drei Varianten sowie der Umlagen wünsche er sich noch.

Stadtrat Gericke trägt vor, dass die Bürgerbeteiligung gezeigt habe, dass großes Interesse an diesem Thema bestehe. Künftig wünsche er sich, dass alle drei Varianten gleichberechtigt dargestellt und präsentiert werden. Dies sei seiner Meinung nach bei der Infoveranstaltung nicht so geschehen. Ihn interessiere noch die Einbeziehung der Nachbarkommunen in die Kostentragung sowie die Gestaltung der weiteren Bürgerbeteiligung. Er wünsche sich einen kontinuierlichen Prozess der Bürgerbeteiligung unter Einbeziehung des Landkreises und der Nachbarkommunen. Auf einer allgemein zugänglichen Internetplattform solle über die Zukunft des ÖPNV in und um Ludwigsburg informiert werden. Die Einschätzung, dass kein besonderer Zeitdruck bestünde, teile die Partei. Die Lösung für die zukünftige Gestaltung des ÖPNV müsse gut durchdacht werden und die zur Verfügung stehende Zeit müsse gut genutzt werden. Bevor Daten der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, wünsche er sich in einem Workshop ausführliche Informationen.

Stadträtin **Liepins** bemerkt, dass die Veranstaltung im Forum gezeigt habe, dass kaum ein anderes Thema die Bevölkerung in den letzten Jahren so bewegt habe, wie die Stadtbahn, deshalb sei eine Bürgerbeteiligung unverzichtbar. Allerdings bedaure sie, dass dieses Thema in den letzten sechs Jahren etwas vernachlässigt wurde. Die Konflikte wurden zwar gesehen, allerdings sei man in die Diskussion aus ihrer Sicht zu spät eingestiegen. Beim Vergleich des MIT-Falls 1 und 3 plädiere sie für die vergleichbare Darstellung der Systeme. Man könne nicht die Hochflurbahn von Remseck über die Hindenburgstraße, den Bahnhof, die Weststadt, Möglingen und Markgröningen mit einer Niederflurtrasse die auch noch nach Oßweil oder Schlösslesfeld führt gegenüberstellen. Die dargestellten Strecken müssen vergleichbar sein. Wichtig seien ihr auch eine Angabe zu Höhe der Bau- und Betriebskosten. Die SPD unterstütze natürlich die Untersuchungen, sie warne jedoch vor einer ausschließlichen Gewinnung von Zeit. Sie wünsche sich stattdessen einen kontinuierlichen Prozess, in den sowohl der Gemeinderat als auch die Bevölkerung eingebunden werde. Statt einer schriftlichen Antwort auf Fragen im Internet wünsche sich die Bevölkerung in einer persönlichen Diskussion beteiligt und Fragen direkt beantwortet. Spätestens im Mai sollen Ergebnisse vorliegen, sodass vor der Sommerpause weiterentschieden werden könne.

Stadtrat Weiss spricht sich ebenfalls für ein Abwarten der Ergebnisse aus. Die Verteilung der Investitions- und Folgekosten, das Durchspielen aller drei Systeme und die Besprechung der Trassenführung seien jedoch unumgänglich. Im Mittelpunkt der Entscheidung stehe für ihn aber

in jedem Fall die Nachhaltigkeit. Auch die Beteiligung der Bürger sei ihm besonders wichtig. Eine Nennung eines bestimmten Monats halte er für unangemessen, weil eine ausführliche Prüfung aller Möglichkeiten wichtiger sei als eine schnelle Entscheidung.

Stadtrat Heer betont, dass sich die Stadt in der Diskussion klar für die Stadtbahn positionieren solle. Klar werden müsse man sich jedoch noch über Technik und System sowie über die Trassenvarianten. Die Frage der Beteiligung der Anlieger sei noch offen. Die betroffenen Stadtteile und Städte haben unterschiedliche Einwohnerzahlen, weshalb eine Kostenbeteiligung nach Haltestellen aus seiner Sicht nicht möglich sei. Eine Lösung wäre die Kostenbeteiligung nach Einwohnerzahlen sowie ein maßgeschneidertes Konzept. Besonders für Möglingen und Markgröningen würde die Stadtbahn eine Chance auf große regionale Weiterentwicklung bedeuten, weshalb nicht nur die Fahrgastzahlen der jeweiligen Haltestellen betrachtet werden dürfe.

Stadträtin Burkhardt bemerkt, dass die Diskussion um den Bau einer Stadtbahn bisher auf sehr technischem Niveau geführt wurde. In der Entscheidung müssen sehr viele Aspekte beachtet werden, auf die sich ein zeitlicher Druck negativ auswirken würden. Die Untersuchungen halte sie für sehr sinnvoll, weil der Bau auch eine Beeinträchtigung des Stadtbilds bedeuten könne. Besonders wichtig für die Bürger sei eine Visualisierung der Systeme. Auf jeden Fall ablehnen würde sie aber das System einer Hochflurtrasse.

Stadtrat Noz möchte anmerken, dass in der Bürgerversammlung erwähnt worden sei, dass die Stadtbahn in Karlsruhe auch in der Lage sei, auf Bahngleisen zu fahren. Bisher sei angenommen worden, dass sowohl Hoch- als auch Niederflurbahn nicht auf den vorhandenen Bahngleisen fahren können. Er wünsche sich eine Untersuchung, ob die Bahnlinie genutzt werden könne.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit hält eine Zukunftskonferenz zum ÖPNV/Stadtbahn für sinnvoll. Sie erwarte hierfür einen ähnlichen Zulauf wie bei der Veranstaltung im Oktober.

OBM Spec befürworte ein ähnliches Format wie die Zukunftskonferenz um das Thema vorzustellen. Man könne auch Themen der Elektromobilität oder der Seilbahntrasse mit aufgreifen, aber mit Schwerpunkt der Stadtbahnalternativen. Die Entscheidung werde erhebliche Folgen nach sich ziehen, mit denen man sich intensiv auseinandersetzen müsse. Einen breiten Dialog hält OBM Spec bei einer solch weitreichenden Entscheidung für unumgänglich. Auch die Verwaltung habe sich bereits Gedanken zu einer solchen Veranstaltung gemacht.

Auch BM Ilk habe die stetig wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu diesem Thema wahrgenommen. Eine Diskussion mit hoher Teilnehmerzahl sei aus seiner Sicht jedoch schwer umsetzbar. Zu einer aktiven bürgerschaftlichen Beteiligung seien andere Formate erforderlich. Eine Zukunftskonferenz sehe er als eine gute Alternative. Eine Aktualisierung der Kosten-/ Nutzenrechnung, wie von Stadtrat Herrmann vorgeschlagen sei nicht einfach umzusetzen, da diverse Positionen zu beachten seien, beispielsweise müsse auf geänderte Vorschriften oder technische Erneuerungen geachtet werden. Auch für die Kostenverteilung sehe er verschiedene Möglichkeiten unter anderem die Aufteilung nach Einwohnern im unmittelbaren Stadtbahngebiet, nach Streckenanteil auf der Gemarkung oder nach Anzahl der Haltestellen. BM Ilk sichert eine Prüfung der zuschussfähigen Tunnelbauwerke zu.

OBM Spec weist darauf hin, dass man kritisch sehen müsse, dass an einem so unverzichtbaren Ort wie der Weststadt im Grunde auf eine Anbindung verzichtet habe, um die Kosten-/ Nutzenrechnung positiv zu beeinflussen. Wenn die Stadt das ÖPNV-Angebot verbessern möchte, dann um die lebenden und arbeitenden Menschen dort besser anbinden zu können. Dies sei in der aktuellen Planung eine entscheidende Schwäche.

BM Ilk stimme den Befürchtungen von OBM Spec zu und weist darauf hin, dass bei Nichtanbindung der Weststadt ein Gebiet mit 10.000 Einwohnern einfach nicht berücksichtigt würde. Die von Stadtrat Noz angesprochene Stadtbahnlösung in Karlsruhe sei ein

Mittelflursystem mit einer Bahnsteighöhe von 55cm und deshalb auf Gleisen der Bundesbahn fahrbar. Ein Einfahren von Möglingen wäre damit auf Gleis 5 möglich, allerdings sei dieses sehr stark durch Güterzüge ausgelastet. Trotzdem werde er sich hierüber Informationen einholen.

TOP 4

300 Jahre Stadtrecht 2018 - Konzeption

Vorl.Nr. 311/16

Beschluss:

1. Der Fachbereich Kunst und Kultur wird beauftragt, das Projekt „Stadt Werden!“ entsprechend dem vorgestellten Rahmenkonzept und Kostenrahmen (Anlagen1-4) in Kooperation mit weiteren Fachbereichen und externen Partnern weiterzuentwickeln und im Jahr 2018 umzusetzen. Ein konkretisiertes Programm incl. Kostenplan wird im 1. Halbjahr 2017 vorgestellt und beschlossen.
2. Für die erforderlichen zusätzlichen Personalressourcen werden in den Jahren 2017 und 2018 je 80.000 Euro im städtischen Haushalt bereitgestellt.
3. Für die Vorbereitung und Durchführung nach Beschlussfassung im Frühjahr 2017 wird im Haushalt 2017 ein Betrag i.H. v. 80.000 Euro für Sachmittelausgaben bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt)
Stadträtin Henning (entschuldigt)
Stadtrat Rothacker (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (unentschuldigt)

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.
OBM **Spec** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 5

Scala gGmbH - Abteilung Theatersommer
- Zuschussantrag und Ausblick 2017
- Rückblicke 2016 und 2015

Vorl.Nr. 349/16

Beschluss:

1. Der Jahresbericht 2015 und die Spielzeit-Bilanz 2016 der Scala Kultur gGmbH - Abteilung Theatersommer werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Den Programm- und Haushaltsplanungen 2017 wird zugestimmt.
3. Der dauerhaften Erhöhung des Zuschusses um 5.000 EUR auf gesamt 128.650 EUR wird zugestimmt. Das Budget des FB 41 wird ab dem Haushaltsjahr 2017 um diesen Betrag aufgestockt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
 Stadträtin Henning
 Stadtrat Rothacker
 Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.
OBM **Spec** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 6

Grünpark und Kleingärten Römerhügel Weststadt

Beratungsverlauf:

BM Ilk stellt nochmals die geplante Umsiedlung der Kleingartenanlagen vor. Der Begriff Entschädigungszahlung sei zum Teil falsch interpretiert worden. Er möchte nochmals darauf hinweisen, dass der übergeordnete Verband der Kleingärtner gekündigt habe. Den Kleingärtnern wurde ein Zuschuss von jeweils 1.000€ für die Umsiedlung angeboten. Feste bauliche Einrichtungen würden von der Verwaltung abgeräumt und entsorgt. Die Kleingartenanlage Römerhügel könne den Kleingärtnern pflanzfertig und mit gutem Boden übergeben werden. Den nicht zahlungskräftigen Kleingärtnern habe die Verwaltung einen zinsfreien Kredit mit einer Laufzeit von 10 Jahren angeboten. Sollte die Umsiedlung nicht nahtlos übergehen, sei die Stadt bereit, die Gerätschaften für die Übergangszeit unterzustellen. Die Verwaltung habe sich einen nahtlosen Übergang zum Ziel gesetzt, versprechen könne er dies derzeit jedoch noch nicht.

OBM Spec gibt zu Bedenken, dass die Fläche derzeit noch der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) gehöre. Für Entschädigungen sei die BIMA als Eigentümer zuständig und hierfür gebe es bundesweite Vorschriften, die nicht viel Spielraum ließen. Zum Abweichen von diesen Vorschriften sei die BIMA auch nicht in Ansätzen bereit. Da kein Pachtverhältnis mehr mit den Kleingärtnern bestünde, bestehe eigentlich überhaupt kein Anspruch auf Entschädigung. Die BIMA sei lediglich bereit, eine Zwischenfinanzierung zu leisten, wenn die Übergangszeit drei bis vier Jahre dauere. Da dies nicht der Fall sei, seien von dieser Seite überhaupt keine Zuschüsse zu erwarten. Interessierte Firmen würden gerne zügig diese Gewerbefläche besiedeln. Wenn die Realisierung dieser Gewerbeflächen zeitnah erfolge, könnten hier Kosten eingespart und somit die finanzielle Voraussetzung für die Unterstützung der Kleingärtner geschaffen werden.

Sein herzlicher Dank gelte dem Vorstand des Kleingärtnervereins, der sich sehr wirkungsvoll und konstruktiv für die Interessen der Vereinsmitglieder eingesetzt habe. Die Kosten für das

Abräumen müssten eigentlich von den Kleingärtnern selbst getragen werden. Die Stadt sei rechtlich nicht dazu verpflichtet, die pacht- und mietbaren Flächen auf dem Römerhügel als Entschädigung anzubieten. Die parkähnlich angelegten Gärten werden für die Weststadt einen enormen Zugewinn darstellen. Die entstandene Entscheidungsgrundlage stelle ein ganz erhebliches Entgegenkommen der Stadt dar, um die Wertschätzung den Kleingärtnern gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Ein Erfüllen aller Wunschvorstellungen durch die Stadt sei allerdings nicht möglich.

Stadtrat Braumann bezeichnet die in der Vergangenheit stattgefundene Kommunikation als problematisch. Für die Zukunft wünsche er sich mehr Transparenz. Er betont, dass den Kleingärtnern klar sein müsse, dass die Stadt Ludwigsburg rechtlich keine Verpflichtungen zur Entschädigung habe.

Stadträtin Dr. Knoß zeigt ihr Mitgefühl mit den Kleingärtnern, die sich beim Abschluss ihrer Pachtverträge nicht darüber im Klaren waren, dass sie die Beseitigungskosten ihrer Gartenlauben selbst tragen müssen. Die Betroffenen fühlen sich teilweise von ihrem Vorstand schlecht vertreten und sind mit der Entscheidung unzufrieden. Die letzte verzweifelte Bitte der Kleingärtner sei der nahtlose Übergang, um den sie die Verwaltung ausdrücklich bitten möchte. Die Umwidmung der Waldäcker werde die Grüne-Fraktion nicht mittragen, wenn der nahtlose Übergang nicht gelingen sollte.

OBM Spec weist abermals darauf hin, dass die Stadt nicht das Recht habe, über den Verbleib der Kleingärtner zu entscheiden, sondern die BIMA als Eigentümerin. Zudem seien die Verträge so gestaltet, dass der Pächter zur Beseitigung von Installationen verpflichtet sei. Auf Nichtwissen könne sich daher keiner berufen.

Stadträtin Liepins und die SPD werde allen drei Vorlagen zustimmen. Den Bebauungsplan Römerhügel halte sie für sehr gelungen. Einem Wohlfühlen der Kleingärtner in dem neuen Gebiet stehe nichts entgegen, da die Lage hervorragend sei. Auch sie plädiere für einen nahtlosen Übergang. Die Umzugsvorbereitungen seien bereits seit Jahren im Gange und kämen für die Kleingärtner wenig überraschend.

Stadtrat Remmele halte auch die Lösung für die Kleingärtner für sehr gelungen und die Aussicht auf ein schönes Naherholungsgebiet vielversprechend. Über den Bau einer Toilettenanlage dort, solle nachgedacht werden.

Stadtrat Heer berichtet von dem am 06.02.1996 in der LKZ erschienenen Bericht „Die Kleingärtner fürchten um ihr „Stückle“. Seit 20 Jahren leiden die Kleingärtner unter der unsicheren Situation der Zukunft ihrer Kleingärten. Kritisch sehe er jedoch die geringere Anzahl an Kleingärten und die kleineren Flächen auf dem Römerhügel. Im Grundsatz begrüße er die Neuschaffung der Gartenanlagen, aber nicht, dass dafür andere weichen müssen. Der geschaffene Ersatz sei nicht vollständig, weshalb er die Lösung als Trojanisches Pferd bezeichnet. Aufgabe der Stadt sei es gewesen, für den Erhalt der alten Anlage zu sorgen. Der grundsätzlichen Schaffung einer neuen Kleingartenanlage könne er zustimmen, nicht aber der Vernichtung einer bestehenden Grünfläche im Gegenzug. Den Beschlüssen könne er daher so nicht zustimmen.

BM Ilk macht deutlich, dass derzeit lediglich die äußere Begrenzung der Anlage auf dem Römerhügel feststehe. Die innere Aufteilung sei jedoch noch nicht beschlossen. Die Anzahl der entstehenden Kleingärten und damit auch deren Größe hänge davon ab, wie viele Kleingärtner umsiedeln werden.

Stadträtin Burkhardt sei nach den bisherigen Diskussionen nicht bewusst gewesen, dass die BIMA immer noch Eigentümerin der Fläche sei. Sie möchte wissen, ob es derzeit Kaufverhandlungen zwischen der Stadt Ludwigsburg und der BIMA gäbe und mit welchen Grundstückspreisen gerechnet werden könne. Der Bedarf an Kleingartenanlagen sei sehr hoch,

weshalb sie nicht verstehe, dass der Verband der Kleingärtner selbst gekündigt habe. Der Bebauungsplan sei bereits der zweite Schritt im Verfahren. Bereits im Jahr 2007 sei im Umweltbericht ein Grünordnungsplan versprochen gewesen. Festgelegt sei darin, dass 102 Kleingartenparzellen geschaffen würden und sich die Größe der Grünfläche der Dauerkleingartenanlagen auf 4,1 ha und der öffentlichen Grünfläche auf 3,3 ha beliefe. Auf diese Angaben wünsche sich Stadträtin Burkhardt Bezug zu nehmen. Ebenso sei festgestellt worden, dass mit enormen Auswirkungen auf Arten und Biotope, Boden und Wasser gerechnet werden müsse, da es sich um eine freie Grünfläche handle. Mit ihrer Zustimmung könne die Verwaltung nicht rechnen. Klimatische Untersuchungen sollten wegen der Versiegelung Teil des Bebauungsplans sein. Sie wünsche sich die Einbindung neuester Erkenntnisse im Hinblick auf den Klimawandel zu berücksichtigen. Der Vorlage könne sie so keinesfalls zustimmen.

Stadtrat Lettrari stelle sich grundsätzlich die Frage, ob die Diskussionsgrundlage die Enteignung oder die Kündigung der Pachtverträge sei. Er befürchte, dass die Entschädigung der Kleingärtner weitere Auswirkungen haben könnten. Es könnten Trittbrettfahrer aufspringen und nach Auslauf eines Pachtvertrages ähnliche Forderungen stellen. Zu betonen sei, dass die Stadt zu einer Entschädigung nicht verpflichtet sei. Bereits seit Jahren wissen die Kleingärtner von den Planungen. Die Lage am Römerhügel sei nach seiner Meinung ohnehin viel besser als die bisherige an der Autobahnauffahrt. Er könne nicht verstehen, dass sich die Kleingärtner so gegen den Umzug sträuben.

OBM Spec weist darauf hin, dass ohne das Angebot der Stadt die Kleingärtner rechtlich das Grundstück der BIMA auf eigene Kosten räumen müssten. Auch das Angebot von Ersatzflächen leiste die Stadt freiwillig. Eine Umsiedlung der Kleingärten sei für August 2017 angedacht. Der finanzielle Vorteil, den die Stadt durch die Nutzung der alten Fläche ziehen werde, werde zum Teil an die Kleingärtner weitergegeben.

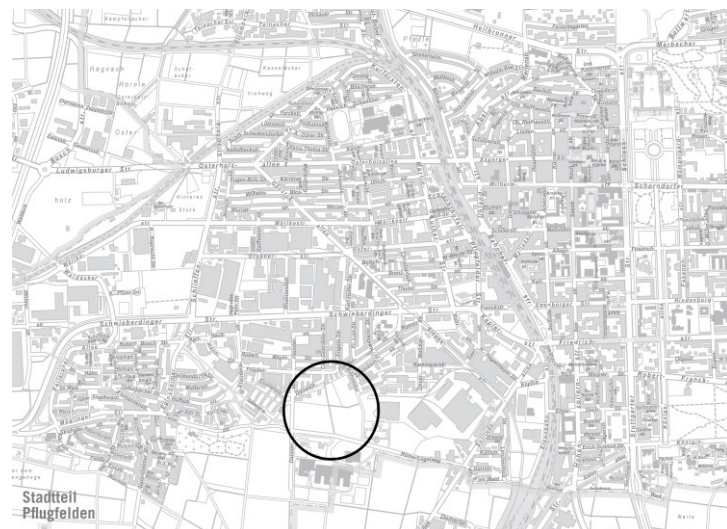
TOP 6.1

Flächennutzungsplanänderung Nr. 22
- Offenlegungsbeschluss und förmliche
Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Vorl.Nr. 365/16

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 3 beschlossen.
- II. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung Nr. 22 „Kleingärten Römerhügel“ vom 06.10.2016 wird beschlossen. Es gilt die Begründung vom 06.10.2016.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja- Stimmen, 5 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
Stadträtin Henning
Stadtrat Juranek
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold

TOP 6.2

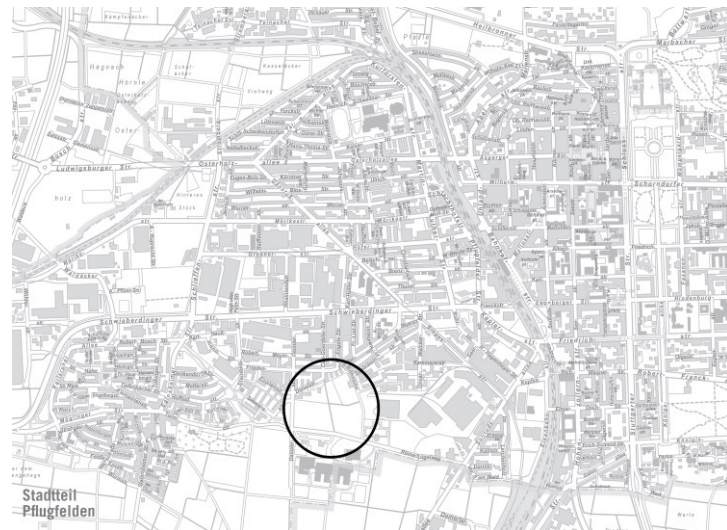
Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr.
026/05
- Entwurfsbeschluss und förmliche Beteiligung der
Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange

Vorl.Nr. 358/16

Beschluss:

IV. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.

V. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Kleingärten Römerhügel“ Nr. 026/05 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 06.10.2016 beschlossen.



III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller

Stadträtin Henning
Stadtrat Juranek
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold

TOP 6.3

Neugestaltung der Freianlage am Römerhügel:
Kleingartenanlage und öffentliche Grünflächen
- Vergabe von Planungsleistungen

Vorl.Nr. 389/16

Beschluss:

Die Vergabe der Planungsleistungen für die Freianlagenplanung (Leistungsphase 3 – 9) an das Büro Gänßle, Hehr und Partner, Schillerstraße 12, 73728 Esslingen a.N., mit einer vorläufigen Vergabesumme von 460.000,- EUR inklusive 19 % Mehrwertsteuer und ca. 12 % Unvorhergesehenes wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller
Stadträtin Henning
Stadtrat Juranek
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold

TOP 7

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften
"Bauhofstraße" Nr. 010/06
- Entwurfsbeschluss und förmliche Beteiligung der
Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange

Vorl.Nr. 326/16

Beschluss:

VI. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.



VII. Der Bebauungsplanentwurf „Bahnhofstraße“ Nr. 010/06 vom 06.10.2016 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und den örtlichen vom 06.10.2016 beschlossen. Es gilt die Begründung vom 06.10.2016.

VIII. Es wird das beschleunigte Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt.

IX. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt, bei der ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss gefasst worden sei. Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM Spec über die Vorlage abstimmen.

TOP 8

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Höfe am Kaffeeberg" Nr. 010/08
- Entwurfsbeschluss, förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange; - Einsatz von Städtebaufördermitteln aus dem Sanierungsverfahren „Untere Stadt“

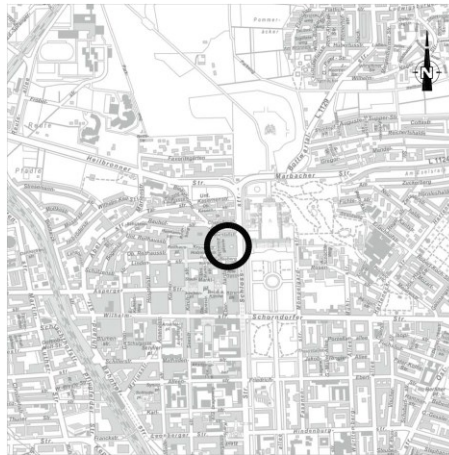
Vorl.Nr. 273/16

Beschluss:

zur Vorberaterung im BTU:

- I. Der Entwurfsbeschluss zum **vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Höfe am Kaffeeberg“ Nr. 010/08** wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 07.10.2016, beschlossen.

Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 07.10.2016.



- II. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- III. Maßgebend für die Zulässigkeit des Bauvorhabens ist der Vorhaben- und Erschließungsplan mit Freiflächengestaltungsplan vom 22.07.2016/22.09.2016
- IV. Den wesentlichen Inhalten des Durchführungsvertrages (Anlage 6), dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 5.1 – 5.15) und der weiteren Bearbeitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird zugestimmt.
- V. Die Verwaltung wird beauftragt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Vorhaben-/ Erschließungs- und Freiflächenplan gem. § 3 (2) BauGB und Begründung öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.
- VI. Die **Verwaltung wird ermächtigt**, aus dem Bund-Länder-Programm „ASP Untere Stadt“ bis zu 800.000 € **Städtebaufördermittel für die Generalsanierung der beiden Kulturdenkmale** Grafen- und Gesandtenbau (Schlossstraße 29 und 31) und für den **Umbau des städtebaulich besonders erhaltenswerten ehemaligen Kaffeehauses** (Schlossstraße 27) **zur Verfügung zu stellen** und einen entsprechenden städtebaulichen Vertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Haller
Stadträtin Henning
Stadtrat Juranek
Stadträtin Liepins
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet OBM **Spec** die Aussprache.

Stadträtin **Burkhardt** wolle wissen, ob der Vertrag zwischenzeitlich vom Investor unterschrieben sei.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) teilt hierzu mit, dass er mit dem Investor in finaler Verhandlung und kurz vor der Unterzeichnung stünde.

TOP 9

Verkaufsoffene Sonntage 2017

Vorl.Nr. 341/16

Beratungsverlauf:

Zur Vorl. Nr. 341/16 gibt es einen abweichenden Empfehlungsbeschluss mit der Vorl. Nr. 424/16.

TOP 9.1

Verkaufsoffene Sonntage 2017
- abweichender Empfehlungsbeschluss zur Vorl.
Nr. 341/16

Vorl.Nr. 424/16

Beschluss:

Die Satzung entsprechend der Anlage 1 der Stadt Ludwigsburg vom 09.11.2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am 08.01.2017 anlässlich des „Ludwigsburger Eiszauber mit Freujahrsshopping“ (Ludwigsburger-Innenstadt)

am 19.03.2017 anlässlich des „Ludwigsburger Märzklopfen“ (Ludwigsburger-Innenstadt)

am 18.06.2017 anlässlich des „Kiesranzenfest“ (Neckarweihingen)

am 08.10.2017 anlässlich des „Ludwigsburger Kastanienbeutelfest mit Shoptober“ (Ludwigsburger-Innenstadt)

wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Über den Beschluss wurde einzeln abgestimmt

Eiszauber mit Freujahrsshopping am 08.01. 17: Mehrheitlich beschlossen mit 19 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Märzklopfen am 19.03.17: Mehrheitlich beschlossen mit 26 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Kiesranzenfest am 18.06.17: Mehrheitlich beschlossen mit 30 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Kastanienbeutelfest am 08.10.17: Mehrheitlich beschlossen mit 28 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Haller
Stadträtin Henning
Stadtrat Juranek
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Nachdem kein weiterer Sachvortrag erfolgt, eröffnet OBM Spec die Aussprache.

Stadtrat V.**Lutz** merkt an, dass ihm der Schutz der Arbeitnehmer wichtig sei. Die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage sei vertretbar. Seiner Meinung nach könne der Termin Eiszauber mit Freujahrsshopping nachrangig behandelt werden. Grundsätzlich könne der Vorlage zugestimmt werden.

Stadträtin **Wiedmann** teilt mit, dass sie dieser Vorlage nur teilweise zustimmen könne. Sie wolle deshalb eine detaillierte Abstimmung über die einzelnen Sonntage. Außerdem wolle sie auf das hohe Verkehrsaufkommen an den verkaufsoffenen Sonntagen hinweisen. Um die Attraktivität zum Umstieg auf den ÖPNV zu steigern, plädiere sie für die Erhöhung der Parkgebühren an diesen Tagen. Außerdem solle ein Bus- Shuttle Konzept erstellt werden.

Eine Interessenkollision zwischen den verkaufsoffenen Sonntagen und dem Schutz der Sonn- und Feiertage sehe Stadtrat Dr. **O'Sullivan**. Außerdem gehe der Schutz der Arbeitnehmer vor. Als traditionelles Fest sehe er lediglich das Kastanienbeutel- und Kiesranzenfest. Er wolle ebenso eine getrennte Abstimmung.

Stadtrat **Remmele** teilt mit, dass er die Öffnung am 8.1.2017 als umstritten sehe.

Stadtrat **Eisele** merkt an, dass er die verkaufsoffenen Sonntage grundsätzlich kritisch sehe.

Mit Ausnahme des Kiesranzenfestes könne Stadträtin **Dziubas** den verkaufsoffenen Sonntagen nicht zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** könne der Vorlage nicht zustimmen. Sie sieht die Sonntagsöffnung als kritisch. Der Einzelhandel in der Innenstadt kämpfe ums Überleben.

Stadtrat **Lettrari** sei grundsätzlich gegen die verkaufsoffenen Sonntage.

Stadtrat **Link** erinnert auch an die Arbeitnehmer im ÖPNV.

Im Anschluss lässt OBM **Spec** auf Wunsch einzeln über die Vorlage abstimmen.

TOP 10

Änderung der Besetzung des Stadtteilausschusses
Eglosheim

Vorl.Nr. 404/16

Beschluss:

Protokollauszug Gemeinderat 09.11.2016

Gemäß den Richtlinien für die Bildung von Stadtteilausschüssen vom 18.12.1997 wird auf Vorschlag der FDP vom 21.10.2016

Herr Benjamin Haak, Katharinenstraße 12/1, 71634 Ludwigsburg

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Eglosheim berufen. Das bisherige Mitglied, Herr Harald Mitschele-Kreutzer scheidet aus dem Stadtteilausschuss aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
 Stadtrat Haller
 Stadträtin Henning
 Stadtrat Juranek
 Stadtrat Rothacker
 Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet. Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Bevor OBM Spec die Sitzung beendet, leitet Herr Spear (Geschäftsstelle Gemeinderat) die Informationen aus dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung bezüglich der KSIS Schulungen weiter. Diese seien im Januar 2017 geplant und werden noch bekannt gegeben.